

Unterschriftenliste soll Zahl der Betroffenen aufzeigen

Breiniger beklagen mehrere schwere Detonationen im Steinbruch. Bürgerinitiative wartet auf Antwort der Städteregion.

VON MICHAEL GROBUSCH

Stolberg. Der Kreis der Menschen, die sich vom Steinbruch zwischen Breinig und Kornelimünster beeinträchtigt fühlt, wird offenbar größer. „Ich wohne in der Rudolfstraße und war bislang nicht unmittelbar betroffen. In den vergangenen Wochen hat sich das aber leider geändert“, stellt Karin Clauser fest.

Die Vorsitzende der Bürgerinitiative „Rettet das Münsterländchen“ berichtet von mehreren Detonationen im Laufe des zurückliegenden Monats, die nicht nur die Anwohner der dem Steinbruch am nächsten liegenden Bereiche Stockemer Straße und Beiersfeld auf-

geschreckt hätten. Auch in den weiter nordöstlich gelegenen Siedlungen seien die Sprengungen nun deutlich zu spüren gewesen.

Den im negativen Sinne Höhepunkt hat Clauser am Donnerstag, 20. Februar, um 16.20 Uhr ausgemacht. „Eine solche Erschütterung gab es bis dahin noch nie“, zeigt sich die Vorsitzende immer noch erschrocken. Zahlreichen anderen ging es wohl ebenso, sie meldeten sich bei der Bürgerinitiative und brachten ihren Unmut zum Ausdruck.

Der ist nun in eine Unterschriftenaktion gemündet, die in diesen Tagen in Teilen von Breinig läuft. Die Resonanz ist laut Klauser groß, einige hundert Unterzeichner

könnten am Ende zusammenkommen, denn: „Der Steinbruch kommt näher, es wird spürbar lauter.“

Was mit den Unterschriften geschehen wird, ist derweil noch nicht entschieden. „Es geht nicht darum, eine Liste zu erstellen und die der Städteregion vorzulegen“, betont Karin Clauser. „Wir sprechen ausschließlich Leute an, die direkt betroffen sind. Und mit den Unterschriften möchten wir zeigen, wie viele Breiniger sich inzwischen als Betroffene fühlen.“

Ob das zuständige Umweltamt insbesondere am 20. Februar eine Überschreitung der zulässigen Immissionswerte festgestellt hat, ist noch unklar. Eine Anfrage der Bür-

gerinitiative blieb nach Aussage von Karin Clauser bis dato unbeantwortet. Und gegenüber unserer Zeitung konnte die Behörde gestern mit Verweis auf den in Kerkrade veranstalteten Närrischen Prinzenempfang der Städteregion und die dortige Anwesenheit der zuständigen Mitarbeiter kurzfristig ebenfalls keine Aussage machen.

Rein juristisch, das räumt Karin Clauser ein, haben die Steinbruch-Gegner derzeit kaum eine Handhabe. „Der Betreiber baut im Moment auf dem sogenannten Restfeld Bles ab. Für dieses gibt es deutlich weniger Auflagen als für den neuen Teil des Steinbruchs, weil dort eine gerade einmal auf vier Seiten dokumentierte Geneh-

migung aus dem Jahr 1998 gilt.“

Dennoch zeigt sich die Vorsitzende überzeugt, dass die Grenzwerte immer wieder überschritten werden und der Lärmpegel, der bei den Immissionsmessungen der Städteregion am 26. November festgestellt und als zulässig eingestuft worden war, nicht der Belastung entspreche, der die Anwohner tagtäglich ausgesetzt seien.

Voraussichtlich am Dienstag, so kündigte Pressesprecher Holger Behnend gestern im Gespräch mit unserer Redaktion an, wird sich das Umweltamt zu den jüngsten Beschwerden äußern. Bis dahin, da ist Karin Klauser sicher, werden sich die Unterschriftenlisten weiter gefüllt haben.